

Deutschland.

O. C. Reichstags-Verhandlungen.

48. Sitzung vom 8. Februar.

11 Uhr. Am Tische des Bundesrats Delbrück, v. Arnberg, v. Riedel, Nieberding u. A.; später Fürst Bismarck.

An die Stelle des aus der Concursordnungs-Commission ausgeschiedenen Abg. Mosle ist der Abg. Möhring gewählt worden.

Das Haus genehmigt in definitiver Schlussabstimmung den Gesetzentwurf wegen Abänderung des Gesetzes über den Reichs-Invalidenfonds nach den Beschlüssen der dritten Lesung und erledigt sodann ohne Debatte die erste und zweite Beratung der Vorlage, betreffend die Controle des Reichshaushalts und des Landeshaushalts für Elsaß-Lothringen für das Jahr 1875.

Es folgt die zweite Beratung der Zusammenstellungen der fernerweit liquidirten, auf Grund des Art. V. Ziffer 1 bis 7 des Gesetzes vom 8. Juli 1872 aus der französischen Kriegskosten-Entschädigung zu erhebenden Beträge. Das Haus erledigt die Vorlage ohne Debatte durch Annahme des von den Abgg. Riedel und v. Riedel gestellten Antrages: „borbefällig der Erinnerungen, welche sich bei der dem Bundesrat nach Artikel V. Absatz 4 des Gesetzes vom 8. Juli 1872 obliegenden Prüfung ergeben. Die laut der Regierungsvorlage liquidirten Beträge im Gesamtbetrage von 5,791,430 M. 36 Pf. als gemeinsame Kriegskosten im Sinne des Art. V. Abs. 2 des Gesetzes vom 8. Juli 1872 festzustellen.“

Der Gesetzentwurf, betreffend das Staatsjahr für den Reichshaushalt, wird in dritter Beratung ohne Discussion genehmigt.

Demnach tritt das Haus in die dritte Beratung der Gesetzentwürfe, betreffend die Abänderung des Tit. VIII. der Gewerbeordnung und über die gegenseitigen Hilfskassen ein.

In der Generaldiscussio ergeht das Wort der Abg. Geib, um zu erklären, daß für seine Partei das Hilfskassengesetz in der vorliegenden Form unannehmbar sei. Es sei eine unreihe Frucht für diejenigen, für welche sie bestimmt sei, ungenügend. Insbesondere findet Rechner das Selbstbestimmungsrecht der Arbeiter durch die Verpflichtung der Arbeitgeber, Beiträge zu den Hilfskassen zu leisten, und das denselben dafür eingeräumte Recht der Mitverwaltung und zwar in einer Weise, die sie bevorzugt, vollständig vernichtet. Dabei seien die Beiträge der Fabrikherren doch nur indirecte Beiträge der Arbeiter, indem sie diesen an dem Lohn abgezogen würden. Die Fabrikherren würden die ihnen mißliebigen Arbeiter aus der Fabrik entlassen, und sie dadurch aus den Kassen ausschließen. Die Arbeiter hätten ein Recht darauf und erwarteten, daß umfassende Erhebungen angestellt und erst dann entscheidende Beschlüsse gefaßt würden, damit nicht, wie es bei diesem Gesetz der Fall sei, hin und her getappt und eine Menge von Härten, die für die Arbeiter unerträglich seien, aufgenommen würde.

Abg. Mousfang erklärt die Gewerbeordnung für ein mangelhaftes Werk; das sei selbst von der Regierung bei verschiedenen Anlässen zugestanden worden und auch die zahlreichen eingegangenen Petitionen lieferten hierfür einen Beweis. Außer den in ihrem Werthe zweifelhaften Paragraphen der Gewerbeordnung sei in den letzten Jahren im Interesse des Arbeiterstandes nichts geschehen. Es müsse demselben endlich etwas Annehmbares geboten werden. Rechner fordert daher auf, die Vorlage nach den Commissionsvorschlägen, die den Wünschen der Regierung sehr weit entgegenkämen, anzunehmen und die zu der dritten Lesung vorliegenden Anträge, die das Bismarck'sche Freiheits- und in dem Gesetz liegt, noch beschränken wollen, nicht anzunehmen.

Abg. Krause ist gegen das Gesetz, weil es nicht dazu beitragen werde, den sozialen Frieden zu fördern.

In der Specialdiscussio wird zunächst zu Titel VIII. der Gewerbeordnung in Consequenz der bei dem Hilfskassengesetz in zweiter Lesung gefaßten Beschlüsse der Antrag Riedel angenommen, statt „eingeschriebene Hilfskassen auf Gegenseitigkeit“ steht „eingeschriebene Hilfskassen“ zu setzen.

Zu § 141b erklärt auf eine Anfrage des Abg. Riedel der Bundescommissar Geh. Rath Nieberding: Die Bestimmung, daß ein ortstatutarischer Zwang zum Beitritt zu den Zwangskassen ausgeschlossen sei, wo die Landesgesetzgebung die Gemeinden berechtige, die Arbeiter in anderer Weise zu den Krankenkassen heranzuziehen, und die Gemeindebehörden von dieser Befugnis Gebrauch gemacht hätten, sei zunächst mit Rücksicht auf die süddeutschen Staaten getroffen, würde jedoch selbstverständlich auch anderen Bundesstaaten, die eine der süddeutschen conforme Gesetzgebung hätten, zu Statten kommen.

Zu Art. II. beantragt Abg. Dr. Oppenheim folgenden, von der Commission angenommenen, in der zweiten Lesung aber gestrichenen Zusatz wiederherzustellen:

„Hilfskassen, in Ansehung deren eine Beitrittspflicht gewerblicher Arbeiter nicht begründet ist, werden, wenn sie bei Erlaß dieses Gesetzes auf Grund landesbehördlicher Genehmigung im Besitz der Rechte einer juristischen Person sich befinden, in Bezug auf die Befreiung von der durch § 141a begründeten Verpflichtung den eingeschriebenen Hilfskassen gleichgestellt. Hat eine der in diesem Artikel bezeichneten Hilfskassen bis zum Ablauf des Jahres 1884 ihre Zulassung als eingeschriebene Hilfskassen nicht bewirkt, so geht sie der gedachten Rechte verlustig.“

Nach kurzer Begründung des Amendements durch den Antragsteller, der die in der zweiten Lesung geltend gemachten Gründe nochmals recapitulirt, wird dasselbe und mit dieser Modification Art. 2 vom Hause angenommen.

In der hierauf folgenden Specialdebatte des Hilfskassengesetzes beantragt zu § 4, welcher vom Statut der Kasse handelt, der Abg. Schulze-Dehlig, den ersten Absatz dahin zu fassen: „Das Statut ist in zwei Exemplaren dem Vorstande der Gemeinde, in deren Bezirk die Kasse ihren Sitz nimmt, von den mit der Geschäftsführung vorläufig betrauten Personen oder von dem Vorstande der Kasse in Person einzureichen. Der Gemeindevorstand hat das Statut der höheren Verwaltungsbehörde ungesäumt zu überreichen; diese entscheidet über die Zulassung der Kasse.“

Nachdem das Amendement von den Abgeordneten Schulze, Grumbrecht und Adersmann kurz empfohlen, wird dasselbe und der so modificirte § 4 angenommen.

Die §§ 6, 7 und 15, die in der Beratung zusammengefaßt werden, lauten:

§ 6. Zum Beitritt der Mitglieder ist eine schriftliche Erklärung oder eine Erklärung vor dem Vorstande erforderlich. Den Mitgliedern darf die Verpflichtung zu Handlungen oder Unterlassungen, welche mit dem Kassenzweck in keiner Verbindung stehen, nicht auferlegt werden.

§ 7. Das Recht auf Unterstüßung aus der Kasse beginnt für sämtliche Mitglieder spätestens mit dem Ablauf der dreizehnten auf den Beitritt folgenden Woche. Für die erste Woche nach dem Beginn der Krankheit kann die Gewährung einer Unterstüßung ausgeschlossen werden. Der Ausschluß der Unterstüßung in Fällen bestimmter Krankheiten ist unzulässig.

§ 15. Der Ausschluß von Mitgliedern aus der Kasse kann nur unter den durch das Statut bestimmten Formen und aus den darin bezeichneten bedingenden Voraussetzungen, für den Fall einer Zahlungssäumnis oder einer solchen strafbaren Handlung, welche eine Verletzung der Bestimmungen des Statuts in sich schließt. Jedoch können wegen des Austritts oder Ausschusses aus einer Gesellschaft oder einem Vereine Mitglieder aus der Kasse nicht ausgeschlossen werden.

Hierzu liegen folgende Anträge vor:

Zu § 6: 1) von den Abgg. Schulze-Dehlig und Dr. Oppenheim: Den Absatz 1 des § 6 dahin zu fassen: „Zum Beitritt der Mitglieder ist eine schriftliche Erklärung oder die Unterzeichnung des Statuts erforderlich. Handzeichen Schreibensunkundiger bedürfen der Beglaubigung durch ein Mitglied des Vorstandes.“

2) Von dem Abg. Dr. Oppenheim: Absatz 2 dahin zu fassen: „Der Beitritt darf von der Beilegung an anderen Gesellschaften oder Vereinen nur dann abhängig gemacht werden, wenn eine solche Beilegung für sämtliche Mitglieder bei Errichtung der Kasse durch das Statut vorgesehen

ist. Im Uebrigen darf den Mitgliedern die Verpflichtung zu Handlungen z. (wie im Text).“

Zu § 7: 1) Von dem Abg. Weßky: Zwischen Absatz 1 und Absatz 2 folgenden neuen Absatz einzuschließen: „Dasselbe verbleibt den Mitgliedern auch nach dem Austritte oder Ausschlusse für den nach Absatz 1 festgesetzten Zeitraum. Diese nachträgliche Unterstüßung wird jedoch nicht länger gewährt, als die Mitgliedschaft selbst gedauert hat.“

2) Von dem Abg. Reimer: den zweiten Absatz wie folgt zu fassen: „Die Unterstüßung muß vom Beginn der Krankheit an entweder wochenweis oder tageweis berechnet werden, ein gänzlicher Ausschluß der Gewährung von Unterstüßung für die erste Woche nach Beginn der Krankheit ist unzulässig“ und aus dem dritten Absatz die Worte: „mit Ausnahme“ bis „ausgeschlossen“ zu streichen.

Zu § 15: 1) Von dem Abg. Dr. Oppenheim den letzten Satz dahin zu fassen: Wegen des Austritts oder Ausschusses aus einer Gesellschaft oder einem Vereine können Mitglieder nicht ausgeschlossen werden, wenn sie der Kasse bereits zwei Jahre angehört haben. Erfolgt ihre Ausschließung vor Ablauf dieser Zeit, so haben sie Anspruch auf Ersatz des von ihnen bezahlten Eintrittsgeldes und behalten das Recht auf Unterstüßung aus der Kasse noch für diejenige Zeit, für welche sie dasselbe nach dem Beitritt zu der Kasse dem Statut gemäß entbehrten haben.

2) Von den Abgg. Bantz und Dunder: Den Schlußsatz des § 15 folgendermaßen zu fassen: Jedoch können wegen des Austritts oder Ausschusses aus einer Gesellschaft oder einem Vereine Mitglieder, welcher einer Kasse drei Jahre angehört haben, nicht mehr aus dieser Kasse ausgeschlossen werden. Erfolgt der Ausschluß aus diesem Grunde vor Ablauf der drei Jahre und ist das Recht auf Unterstüßung vor dem Ablauf einer bestimmten Frist seit dem Eintritt abhängig (§ 7, Abs. 1), so hört dies Recht des Ausschlossenen, wenn er mindestens während dieser Frist Mitglied gewesen, erst mit dem Ablauf einer gleichen Frist, vom Tage des Ausschließungs-Beschlusses gerechnet, auf.

3) Von dem Abg. Dunder: Im letzten Absatz hinter den Worten: „oder einem Vereine hinzuzufügen: „oder wegen Ausscheidens oder Entlassung aus der Arbeitsstelle.“

4) Von dem Abg. Mousfang: in § 15 den letzten Satz zu streichen und dafür folgenden zu setzen: „Der Ausschlossene erhält einen, nach Maßgabe des Statuts zu berechnenden Antheil an den, während der Zeit seiner Mitgliedschaft gemachten Ersparnissen der Kasse, wenn er derselben mindestens zwei Jahre angehört.“

Abg. Grumbrecht will die auf seinen Antrag beschlossene Fassung des § 6 nicht aufrecht erhalten, da dieselbe in zweiter Lesung nur mit einer Stimme Majorität angenommen wurde und er sich von dem Vorzug der Anträge Oppenheim und Schulze-Dehlig überzeugt habe; er empfiehlt daher die Annahme dieser Amendements zu § 6 und der denselben entsprechenden zu § 15.

Abg. Dr. Oppenheim: In § 6 der Regierungsvorlage war die Unterzeichnung des Statuts als Bedingung des Beitritts erwähnt, welche weggelassen, wenn man die Unterzeichnung subsumiren konnte. In der Praxis stellt sich die Sache anders. Die Unterzeichnung des Statuts ist den vorliegenden Bedürfnissen entsprechend; wir haben aber auch aus Vorzüge für Analphabeten die Erklärung vor dem Vorstande als zulässig erklärt, welches nach der bisherigen Fassung zweifelhaft war. Ich hoffe deshalb, daß Sie mein mit dem Abg. Schulze-Dehlig eingebrachtes Amendement annehmen werden. Bei § 6 hat die Regierung geglaubt, daß man einer bestehenden Kasse nicht nachträglich die Bedingung auferlegen dürfe, sich einem Verein anzuschließen. Ich habe deshalb den Paragraphen so formulirt, daß der Verein die Voraussetzung, nicht die Bedingung sein sollte. Vereine dürfen darnach Kassen bilden, aber Kassennmitglieder mit materiellen Rechten dürfen nicht nachträglich durch Majoritätsbeschluß vom Beitritt zum Verein abhängig gemacht werden. Das also ein bestehender Verein sich gleichsam durch die Bildung einer Kasse solide machen kann, aber nicht, daß ein Zündstoff in die Kasse hineingeworfen wird durch die Bildung von Vereinen, und darum habe ich meinen Satz so gefaßt, daß eine solche Beilegung für sämtliche Mitglieder bei der Errichtung der Kasse durch das Statut vorgesehen werden muß. Eine Kasse kann also nicht durch einen Verein als solchen, sondern nur durch Mitglieder bestehen. Wenn der Abg. Krause diese Bestimmung für so gefährlich hält, so möchte ich ihn fragen, ob er es nicht für nützlich hält, die Vereine der extremen Parteien auf eine Kassenbildung im Interesse einer soliden Fürsorge und einer Regelung ihrer materiellen Rechtsverhältnisse hinzuleiten, als darauf hinzuwirken, daß sie für sich geheime Kassen bilden, die sie nicht unter das Gesetz stellen dürfen. Ich erinnere Sie an die Fabel von der Ameise und der Grille; ich glaube, Sie werden es lieber haben, daß die Grille zur Ameise, als daß die Ameise zur Grille wird.

Die Ergänzung meines § 6 ist mein § 15. Wenn Sie die Vereine als Kassen bilden wollen, so müssen Sie ihnen auch gestatten, daß sie unter sich haben. Es ist hier allerdings eine Grenze zu ziehen und ich glaube, wir haben das Aeußerste geboten, was von diesem Standpunkte aus geboten werden kann. Man befürchtet, daß sich extreme Parteien reicher und solider Kassen zu bemächtigen suchen werden. Wer über 2 Jahre in einer Kasse ausbleibt, von dem kann man annehmen, daß er nicht in beträchtlicher Absicht eingetreten ist. Denken Sie sich Vereine, die auf unserer Seite stehen, die nützlich sind, die den Gemeingeist beschärfen und unentbehrlich sind gerade den gefährlichen Vereinen gegenüber. Der Abg. Mousfang hat ein System vorge schlagen, das allerdings viel bequemer und einfacher wäre, daß aber ganz unausführbar ist. Bei Sterbefällen und Altersversorgungskassen lassen sich solche Capitalberechnungen aufstellen, bei Krankenkassen wäre es ein wahrer Hohn, dem Auszuschließenden zu sagen, wir werfen Dich hinaus, wir geben Dir aber eine Entschädigung. Wie wollen Sie bei einer Krankenkasse das flüssige, bereite Capital von dem Spar- und Reservefonds unterscheiden; wie wollen Sie sagen, soviel Anrecht an der Kassenbildung hat der Mann im 2., 3., 4., 7. Jahre gewonnen. Nun machen Sie die Zinsberechnung und dann schütten Sie aus, um ihn zu entschädigen. Der Arbeiter, der im einzelnen Falle die Frage zu beantworten hätte, würde sagen, sein Anrecht wäre mehr werth, als vielleicht das Ganze, was man zu bekommen hätte. Mit einem solchen Gesetz also könnte die Kasse gar nicht bestehen. Was die Karenzfrist betrifft, so muß ich mich gegen den Antrag Weßky erklären, weil ich nicht glaube, daß das Ziel auf diesem Wege erreicht werden kann. Die Karenzfrist ist ganz abzuschaffen oder auf ein geringeres Maß zu reduciren, als hier vorge schlagen wird. Sie aber auf diesem Umwege zu bekämpfen, daß dem Austrittenden der Ersatz wird, daß er auf dieselbe Zeit gratis auf Unterstüßung zu rechnen hat, das ist ja eine Prämie auf den Austritt, dabei können die Kassen nicht bestehen, daß die fleißigen und ordentlichen Mitglieder immer bezahlen müssen, die leichtsinnigen und trägen aber ausschneiden und jagen können, für ein Vierteljahr sind wir noch gesichert. So wie ich das System angewendet wissen will, ist es ein Nachtheil der Kasse, den ich beabsichtige, um die Ausschließung zu erschweren, und der gegen seinen Willen Ausschlossene kann natürlich auf dem Wege des materiellen Rechts in Bezug auf die Geldverhältnisse sich eine Entschädigung beanspruchen, nicht aber, wer freiwillig austritt, nachdem er sich dem Statut unterworfen hat. Ich bitte daher dringend, meine Amendements anzunehmen.

Abg. v. Heereman ist der Ansicht, daß mit Ausnahme des Mousfang'schen Antrages, dessen Annahme er befürwortet, alle Amendements mit schweren praktischen Nachtheilen verbunden sein würden. Abg. Dr. Weßky erachtet dagegen den Antrag Mousfang für unausführbar, während sein Amendement allen hier in Betracht kommenden Rücksichten hinreichend Rechnung trägt. Geheimrath Nieberding ist principaliter für die unveränderte Annahme des § 6 der Regierungsvorlage aus den von ihm bereits in der zweiten Lesung dargelegten Gründen. Abg. Lasker erkennt zwar die Nothwendigkeit an, Vereine, welche mit bestimmten Kassen in unmittelbarer Verbindung stehen, vor dem Ueberfall fremder Elemente zu schützen, weshalb es erforderlich erscheint, eine Zeit lang die Verbindung zwischen Verein und Kasse zu erhalten. Deshalb bleibt es aber unlogisch, in dem Falle, wo die Schließung des Vereins aus irgend welchem Grunde erfolgt, auch die Kasse zu schließen, wie einige Anträge zu § 29 dies bezwecken. Wenn es auf andere Weise nicht

gelingt, den Kassen eine selbstständige Existenz zu geben, so thäte man in der That besser, die Regierungsvorlage wieder herzustellen.

Auf den Antrag des Abg. Grumbrecht wird hierauf noch der § 29 mit zur Debatte gestellt. Derselbe lautet:

Die Schließung einer Kasse kann durch die höhere Verwaltungsbehörde erfolgen: 1) wenn mehr als ein Viertel der Mitglieder mit der Einzahlung der Beiträge im Rückstande ist und trotz ergangener Aufforderung der Aufsichtsbehörde weder die Beilegung der fälligen Beiträge noch der Ausschluß der säumigen Mitglieder erfolgt; 2) wenn die Kasse trotz ergangener Aufforderung der Aufsichtsbehörde vier Wochen mit Zahlung fälliger nicht freier Unterstüßungen im Rückstande ist; 3) wenn die Generalversammlung einer gleichartigen Verwendung aus dem Vermögen der Kasse ihre Zustimmung ertheilt hat; 4) wenn im Fall des § 26 innerhalb einer von der höheren Verwaltungsbehörde angemessenen zu bestimmenden Frist für die Herstellung des Gleichgewichts zwischen den Verpflichtungen und Einnahmen der Kasse nicht Sorge getragen ist. Gegen die Maßregeln der Verwaltungsbehörde ist der Recurs zulässig; wegen des Verfahrens und der Behörden gelten die Vorschriften der §§ 20 und 21 der Gewerbeordnung. In Elsaß-Lothringen finden statt derselben die dort geltenden Bestimmungen über das Verfahren in streitigen Verwaltungssachen entsprechende Anwendung. Die Eröffnung des Concursverfahrens über eine Kasse hat die Schließung kraft Gesetzes zur Folge.

Hierzu beantragt Abg. Parisius: im § 29: a. den Eingang dahin zu ändern: „die Schließung einer Kasse erfolgt auf Betreiben der höheren Verwaltungsbehörde durch gerichtliches Erkenntnis“, b. statt des zweiten Absatzes folgenden Satz anzunehmen: „Als das zuständige Gericht ist dasjenige anzusehen, bei welchem die Kasse ihren ordentlichen Gerichtsstand hat.“ c. Die dem zweiten Absatz folgenden dritten Absatz folgen zu lassen: „Das Gericht kann während des Concursverfahrens auf Antrag der höheren Verwaltungsbehörde die Aufsichtsbehörde ermächtigen, die Mitglieder des Vorstandes und Ausschusses zu entlassen und die Obliegenheiten derselben durch einen oder mehrere von ihr ernannte Personen wahrzunehmen; in gleicher Weise kann dasselbe anordnen, daß neue Mitglieder nicht aufgenommen werden dürfen.“

Ferner beantragt Abg. Grumbrecht: 1) die Nr. 3 zu fassen: Wenn die Generalversammlung einen mit den Vorschriften dieses Gesetzes oder des Kassentatuts im Widerspruch stehenden Beschluß gefaßt hat und der Auflage der Aufsichtsbehörde, denselben zurückzunehmen, innerhalb der gesetzten Frist nicht nachgekommen ist, und sodann als neue Nummer folgen zu lassen: wenn dem § 6 dieses Gesetzes zufolge Mitglieder zu Handlungen oder Unterlassungen verpflichtet, oder wenn der Vorschrift des § 13 entgegengesetzte Beiträge von den Mitgliedern erhoben oder Verwendungen aus dem Vermögen der Kasse bewirkt werden. 2) Nach Nr. 3 sub Nr. 4 einzuschalten: „4) Wenn die Hilfskasse zur Unterstüßung der Mitglieder eines Vereins bestimmt und dieser Verein durch die competente Behörde geschlossen ist“, und folgender Weise der Nr. 4 die Nr. 5 zu geben.

Hierzu stellt Abg. Weseler das Unteramendement: in dem Antrage Grumbrecht und Genossen vor dem Worte: „geschlossen“ hinzuzufügen: „endgültig“.

Endlich beantragt Abg. Oppenheim, in Absatz hinzuzufügen: „Wenn Mitglieder aus einem diesem Gesetze unzulässigen Grunde aus der Kasse ausgeschlossen werden.“

Nach längerer Debatte, an welcher sich die Abgeordneten Mousfang, Grumbrecht, Dunder und Weseler im Sinne ihrer Amendements betheiligten, wird § 6 mit den Anträgen Schulze und Oppenheim, § 7 mit dem Antrage Weßky, § 15 mit dem Antrage Oppenheim unter Streichung der gesperrt gedruckten Schlußworte, endlich § 29 mit dem Amendement Grumbrecht sub 1 und dem Antrage Oppenheim angenommen.

Die übrigen Paragraphen des Gesetzes werden fast ohne Debatte mit einer unerheblichen Abänderung zu § 17 angenommen.

Nach kurzer Begründung durch den Abg. Oppenheim beschließt das Haus auf den Antrag der Commission, den Reichsanwalt zu ersuchen, daß auf die bestehenden Hilfs-, Kranken-, Invaliden- u. Kassen bezügliche, die Krankheits-, Invaliditäts- und Sterblichkeits-Statistik, sowie die Mitgliederbeiträge und Kassenleistungen betreffende Material, soweit dasselbe zugänglich ist, durch geeignete Sachverständige bearbeiten und die Ergebnisse veröffentlicht werden sollen.

Die Vorlage ist hiermit erledigt, worauf sich das Haus um 4¼ Uhr bis Mittwoch 11 Uhr vertagt. (Strafgesetzbuch, kleinere Vorlagen.)

Die Disposition über den noch übrigen Theil der Arbeiten ist so getroffen, daß der Schluß der Session voraussichtlich am Donnerstag erfolgen wird.

Berlin, 8. Februar. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Kaiserlichen Consul von Wülzburgswen in Sourabaya auf Java den Königlich-kronen-Orden dritter Klasse am weißen Bande mit schwarzer Einfassung verliehen.

Se. Majestät der König hat den Oberst-Lieutenant und Brigadier der 11. Gendarmen-Brigade Pilgrim zu Kassel gedult; dem Kreis-Steuer-Einnehmer A. D. Schmidt in Ohlau den Charakter als Rechnungs-Rath verliehen; und der Wahl des Dr. Adolf Fronte in Coblenz zum Director der Realschule in Trier die Allerhöchste Befestigung ertheilt.

Se. Majestät der Kaiser haben im Namen des Deutschen Reichs die von dem Directorium der Kirche Augsburgischer Confession zu Stralsund i. G. vorgenommene Ernennung des Pfarrers Adolf Wichmann in Wist zum Pfarrer in Weidenweiler, Bezirk Unter-Elsaß, bestätigt.

Dem Amtsbezirk des General-Consuls des Deutschen Reichs, Michaelssen in Bordeaux, sind die französischen Departements Vendée und Charente inférieure hinzugefügt worden.

In der Verwaltung der Fölle und indirecten Steuern von Elsaß-Lothringen ist der Ober-Grenz-Controleur August Weich in Münster zum Kaiserlichen Haupt-Amts-Controleur ernannt worden. Der Großherzoglich hessische Gerichtsaccessist Dr. Friedrich Lucius ist zum Friedensrichter bei dem Friedensgericht in Gebweiler und der Großh. hess. Gerichtsaccessist Dr. Abraham Christoph zum Friedensrichter bei dem Friedensgericht in Marburg ernannt. Bei der Andreaschule in Berlin ist die Beförderung des ordentlichen Lehrers Dr. Carl Wilhelm Paul Schellbach zum Oberlehrer genehmigt worden. Dem Advocaten und Notar Lauth in Wiefel ist die Verlegung seines Wohnsitzes nach Goslar gestattet worden. Dem Notar Wist in Dittweiler ist die Verlegung seines Wohnsitzes nach Reunkirchen, Friedensgerichtsbezirk Dittweiler, gestattet worden.

Berlin, 8. Februar. [Se. Majestät der Kaiser und Königin] nahmen heute Vormittag im Beisein des Gouverneurs und des Commandanten von Berlin militärische Meldungen entgegen und hörten die Vorträge des Polizeipräsidenten von Madai und des Chefs des Militär-Cabinetts, General-Majors von Albedyll.

[Beide kaiserliche Majestäten] erschienen gestern Abend auf dem vom französischen Botschafter Vicomte de Sontaut-Biron veranstalteten Feste. — Heute besuchte Ihre Majestät die Kaiserin-Königin die Prinzessin Elisabeth, Tochter des Prinzen Friedrich Carl, zur Feier ihres Geburtstages. (Reichsanz.)

Gewinn-Liste der 2. Klasse 153. Königl. Preuss. Klassen-Lotterie Nach dem Bericht von Engel Nachfolger, Friedrichstr. 168, ohne Gewähr. (Nur die Gewinne über 90 Mark sind den betreffenden Nummern in Paranthese beigefügt.)

Bei der heute angefangenen Ziehung sind folgende Nummern gezogen worden:

29 30 46 79 109 210 307 25 (180) 88 469 516 88 97 657 74 710 32 46 846 1020 117 246 (120) 47 370 496 526 603 31 49 713 (120) 21 829 46 67 93 986 (150) 2033 60 64 95 151 99 207 421 47 67 558 79 620 51 79 710 89 (150) 864 95. 904 13 91 3038 55 66 80 201 63 66 319 (150) 72 432 79 82 606 706 66 860 87

89 99 923 (120) 31 4029 121 95 215 66 75 59 (600) 374 611 17
701 (1800) 22 914 35 (120) 39 48 67 69 75 5025 68 76 88. 100 210
12 85 339 84 476 581 657 703 42 92 803 (120) 13 27 55 931 44
47 56 6100 202 31 33 36 (120) 37 45 51 401 514 77 81 97 612 76
87 725 80 909 94 7068 70 194 235 81 (150) 93 364 76 425 38
92 544 84 89 628 730 40 88 89 (150) 803 18 72 905 8072 181
249 61 339 92 483 85 397 627 31 (120) 721 (120) 51 54 812 34
42 67 80 94 916 43 9012 90 221 37 87 91 410 17 48 691 713 35
68 855 (120) 97 942 54 (150) 82.
10,012 81 161 94 207 67 327 66 95 551 77 692 719 72 95
848 922 47 51 79 98 11,011 13 63 91 (120) 96 306 77 410 31 517
619 66 84 734 75 89 816 73 932 12,017 306 429 47 65 534 48
50 58 88 621 49 51 80 716 (120) 37 43 77 99 806 49 62 13,026 87
115 350 61 (120) 95 421 77 510 685 702 7,54 56 825 92 93 995
14,000 (120) 66 93 180 (120) 207 27 311 99 406 42 (120) 43 44 (120)
96 530 44 668 81 83 732 78 92 810 (6000) 35 (1800) 937 (150) 41
60 72 91 15,009 61 139 245 58 80 376 402 18 54 58 548 75 87
684 726 35 73 (150) 920 65 16,001 144 210 56 67 323 47 69 90
505 47 613 62 93 723 39 48 800 13 33 42 57 74 965 17,004 37 54
137 47 65 (120) 90 223 304 18 73 90 434 512 24 28 651 712 25
60 (150) 845 81 83 984 18,205 84 368 85 410 (120) 44 98 623
733 80 800 (120) 30 (150) 39 (120) 62 (150) 914 71 83 19,045 185
96 213 81 342 44 59 68 463 555 77 752 (120) 874 86 902 58.
20,010 11 38 46 51 68 92 108 218 46 324 67 (120) 407 35 (150)
58 70 531 77 86 608 9 14 40 67 770 (300) 74 805 17 89 912 14
24 (240) 25 33 60 88 21,015 (180) 271 82 362 80 430 (120) 500 84
650 62 (150) 87 713 77 22,130 56 377 461 512 52 630 88 753 72
23,003 52 80 82 165 72 208 55 93 321 39 72 419 24 54 57 60 (150)
98 588 614 815 (120) 945 24,007 15 92 103 16 30 213 322 79
81 (120) 411 (150) 546 92 610 11 58 61 71 84 714 861 (120) 91
92 (240) 98 907 19 87 (600) 25,088 60 81 123 46 235 68 (120) 315
22 629 35 (150) 59 88 97 709 61 76 810 77 941 56 68 79 (120)
26,002 26 (120) 115 68 70 87 202 51 326 83 88 543 604 45 81 83
729 75 80 818 912 (150) 24 27,007 178 230 32 36 38 83 398
422 30 34 558 (120) 616 83 714 40 91 936 42 (120) 54 72 89
28,159 272 472 (120) 77 512 60 602 16 36 725 91 (120) 801 24
55 90 959 29,027 178 378 410 43 515 20 53 60 657 705 941.
30,050 51 96 371 77 403 15 72 85 97 527 30 35 75 (150) 641
(120) 703 34 78 86 808 (150) 80 966 86 31,033 109 25 63 64 81
373 482 633 62 755 56 972 79 32,196 239 308 66 420 65 (120)
510 44 49 (120) 648 (120) 726 34 833 98 943 56 33,012 14 (120)
55 132 209 301 6 21 40 44 (180) 78 403 24 99 581 609 16 19
23 795 878 34,144 77 287 331 34 49 56 69 (120) 451 561 70 80
82 (120) 812 15 35 66 35,103 20 65 218 306 47 (120) 57 91, 417
28 48 526 52 78 93 683 (180) 738 57 967 82 36,075 77 78 80
351 74 (180) 435 67 576 78 94 693 708 (120) 12 (120) 58 (120) 60
73 863 922 37,020 84 188 286 319 45 448 78 99 511 637 72
87 (120) 702 57 80 811 914 18 74 38,004 (120) 17 (120) 146 81
251 324 406 541 642 65 68 79 89 (120) 751 802 37 38 39 46 (150)
930 33 44 39,058 114 27 52 217 23 (240) 73 74 93 409 64 65 (120)
79 93 598 657 702 35 821 (120) 36 80 905 6 12 70 72.
40,079 152 59 222 313 (120) 48 21 35 61 74 423 70 78 534
42 93 618 22 (150) 42 72 719 37 62 71 79 800 (150) 48 53 58 72
905 60 88 41,014 48 (120) 117 43 56 209 94 369 (180) 413 23 49
80 677 732 83 823 96 918 21 60 (300) 42,011 102 241 89 323
38 41 63 514 (120) 74 606 9 27 40 781 915 28. 43,002 57 84 (300)
115 (120) 227 307 447 552 71 647 (120) 52 703 22 24 62 79 882
916 93 98 44,006 8 79 109 209 41 (120) 77 431 (240) 53 513 28
34 54 690 (180) 751 62 833 81 (120) 85 (120) 905 45,050 116 34
70 97 (150) 232 42 (120) 72 355 479 789 94 803 63 72 75 900
46,025 51 (150) 82 108 258 302 400 26 61 73 680 704 81 86 97
818 965 69 (120) 47,015 (120) 77 124 69 84 305 64 407 574 84
753 67 829 935 89 48,002 31 70 126 (120) 56 (120) 270 81 304,9
12 489 (120) 524 (120) 660 (120) 825 991 92. 49,008 63 95 138
237 344 54 99 475 517 43 666 71 75 79 711 35 37 52 59 60
848 87.
50,004 13 (120) 37 50 127 (120) 280 347 (120) 53 71 79 418
97 527 37 (300) 68 665 (150) 75 86 733 94 837 89 927 31 51,008
10 65 70 135 56 209 308 449 530 37 601 17 18 91 700 1 (120)
874 92 915 69 99 52,137 73 76 (120) 87 239 43 78 92 318 30 45 83
430 59 528 40 81 (120) 93 95 655 67 75 (120) 83 750 57 87 (600)
801 10 81 89 923 27 28 37 55 53,012 45 55 58 114 240 41 64 381
92 98 431 559 640 76 827 95 (150) 909 43 54,132 44 57 62 96
298 320 400 30 (150) 44 65 (120) 529 78 95 619 733 36 99 838 70
79 99 971 88 55,004 104 8 285 304 46 401 579 613 20 27 95
99 734 (150) 845 46 61 84 (180) 905 10 22 34 71 56,002 23 39 43
74 104 205 312 35 99 406 24 503 82 698 805 85 57,050 76 95
186 262 (120) 68 73 331 (150) 445 (120) 53 549 63 715 30 35 59
94 945 49 90 91 58,000 80 116 252 (150) 67 322 54 496 584
625 40 53 721 22 844 916 59,005 175 210 46 67 318 (120) 406
58 69 97 98 516 29 84 693 707 30 (150) 96 99 832 942 64.
60,040 86 (120) 132 208 21 91 324 66 440 76 557 81 613 (120)
31 (180) 79 758 80 813 54 55 58 86 927 88 61,008 77 126 238
385 402 52 61. 515 83 601 (150) 773 859 905 10 22 29 62,068
138 213 319 457 64 81 85 625 755 806 9 38 57 93 943. 63,061
100 88 298 338 41 71 (120) 78 417 505 (120) 36 83 91 648 67 95
726 61 74 89 819 86 935 50 64,056 107 69 238 42 43 82 383 85
412 (120) 65 575 702 28 91 98 852 (120) 63 82 961 68 84 97 (120)
65,028 42 97 196 308 424 50 524 58 641 72 (240) 764 78 891
912 82 66,012 27 40 99 123 32 206 23 89 440 59 (120) 66 80 83
546 600 4 24 59 65 705 72 81 94 833 907 15 67,009 78 92 93 95
155 211 394 421 518 37 52 65 90 695 773 74 80 98 846 73 88
900 89 68,041 82 109 55 90 297 321 45 79 420 61 94 99 566
626 912 89 90 69,052 103 27 58 219 47 52 305 44 77 99 432 59
504 (150) 13 31 34 74 642 54 88 91 707 30 64 48 824 53 65 66
91 951.
70,048 53 63 195 290 347 48 435 42 523 34 99 652 59 (180)
741 72 93 939 61 91 71,038 129 53 204 (120) 62 436 97 509 15
88 638 68 755 (150) 814 46 952 (360) 72,013 15 22 25 92 118 (120)
212 27 309 73 96 409 515 86 704 41 877 928 73,008 47 136 50
217 35 57 60 311 53 439 55 78 (120) 90 96 519 38 94 624 44 720
85 92 803 34 (120) 81 912 44 65 67 88 74,057 90 109 39 286 332 (180)
70 (150) 443 58 71 527 74 83 679 87 707 56 75 818 25 69 86 (150)
88 920 75,018 (120) 49 91 (120) 155 203 19 38 (150) 59 60 339 660
741 50 88 99 825 52 (120) 903 76,088 89 156 251 73 317 92
506 (240) 64 88 628 37 62 82 800 939 78 77,022 115 47 (120)
63 (120) 89 96 307 12 447 55 612 41 53 756 956 78,129 (150).
204 49 462 65 88 526 53 (120) 64 83 600 37 50 60 735 56 68 79 91
904 89 79,078 (120) 80 197 204 41 48 85 406 16 43 530 (120) 36
80 613 68 706 13 (150) 45 816 (120) 35 52 60 (180) 72 74 85.
80,008 85 108 80 91 (180) 230 95 332 43 75 84 97 511 41
627 776 848 56 910 81,067 213 35 85 (180) 330 41 405 519 71
94 706 861 974 82,008 48 161 72 85 221 25 50 (150) 323 74 84
437 52 71 515 59 606 746 816 31 90 (240) 969 83,015 19 20 41
97 117 60 73 207 47 326 63 (120) 86 494 515 625 28 34 (120)
723 847 927 66 68 83 98 84,001 57 143 59 92 217 43 (120) 82
308 25 88 96 426 37 47 65 567 83 87 619 83 720 43 814 940
85,207 (150) 12 42 (120) 365 91 407 33 (240) 520 32 63 71 671
738 41 62 907 55 86,002 22 28 105 66 98 232 356 77 433 534
49 69 93 717 28 44 859 91 87,052 77 93 (120) 97 120 66 318 23
26 31 57 472 87 879 752 (120) 847 88 912 (120) 15 44 51 74 92
88,026 67 101 (120) 70 83 220 311 440 87 95 537 54 57 58 66 69
96 626 58 (120) 822 88 961 89 89,006 (240) 45 48 56 152 302 48
88 411 58 94 (30,000) 528 65 639 81 722 62 64 800 85 921 4061
79 (120)
90,029 33 60 75 96 178 237 49 398 429 62 528 (120) 58
60 639 796 801 97 903 58 91,025 100 1 6 50 51 85 (120) 232
54 85 323 52 65 71 98 409 65 86 (180) 533 664 716 (120) 40 44
851 986 92,013 16 40 43 64 84 (240) 128 44 71 (240) 279 97 331
50 88 (120) 400 90 (150) 561 63 638 741 75 802 56 58 80 932
93 017 18 26 55 63 111 58 82 257 89 408 44 (180) 500 49 84 99
621 52 80 87 731 60 70 73 99 813 31 35 92 971 97 94,049 53 (120)
78 127 30 78 85 93 243 387 400 2 58 61 85 546 (300) 87 666
67 807 27 42.
© Berlin, 8. Februar. [Die Ueberlassung der preußischen Eisenbahnen. — Die Einverleibung Lauenburgs. — Gen. Schweinitz.] In den Berichten über die jüngste parlamentarische Session beim Reichstanzler wird mitgeteilt, daß dort über die Pläne der Regierung in Bezug auf die Eisenbahnfrage etwas Bestimmteres verlaublich worden sei. Das preussische Staatsministerium soll definitiv entschlossen sein, beim Landtage die ausdrückliche Ermäch-

tigung zu Verhandlungen mit dem Reiche wegen Ueberlassung der preussischen Staatsbahnen und der Preußen zustehenden Aufsichtsberechtigungen über die Privatbahnen an das Reich vorbehaltlich der nachträglichen Genehmigung des Reiches durch den Landtag nachzusehen. Jedenfalls wird man bei dieser Nachricht zu berücksichtigen haben, daß die Sache noch nicht beschlußreif ist, da dieselbe noch nicht zur Erörterung im Staatsministerium gekommen ist. Doch gilt es allerdings als wahrscheinlich, daß eine Vorlage in dem angeordneten Sinne von Seiten des Staatsministeriums dem Könige zur Genehmigung unterbreitet werden dürfte. Es handelt sich zunächst um die Ermächtigung zu Verhandlungen mit dem Reiche wegen Uebergabe der preussischen Staatsbahnen und des Aufsichtsberechtigungen über die Privatbahnen an das Reich. Die Frage wegen der Erweiterung der Privatbahnen und wegen der Centralisierung aller Staatsbahnen im Reiche bleibt zunächst außer Betracht. — Ueber die beabsichtigte Einverleibung Lauenburgs in die Monarchie Preußen werden einzelne Nachrichten verbreitet, die nicht alle Anspruch auf Glaubwürdigkeit haben. So ist es namentlich nicht richtig, daß nach der betreffenden Vorlage der Regierung das gesamte Vermögen Lauenburgs auf den preussischen Staat übergeben soll. Dagegen wird es allerdings als zutreffend bezeichnet, daß nach den Absichten der Regierung die Einverleibung schon zum 1. Juli in Kraft trete und daß der neue Kreis der Provinzialverwaltung Schleswig-Holsteins angeschlossen werden soll. Was den Namen des Kreises betrifft, so wird es mit dem einfachen „Kreis Lauenburg“ nicht abgehen, da ein Kreis dieses Namens bereits in Pommern existiert. Es wird daher der Name „Kreis Herzogthum Lauenburg“ in Aussicht genommen. — General Schweinitz ist hier angekommen und hat heute seine Meldungen gemacht und verschiedene Besprechungen gehabt. Wahrscheinlich wird derselbe sich schon heute Abend auf seinen neuen Posten in St. Petersburg begeben.
Münster, 7. Februar. [Verfügung.] Auf eine von dem hiesigen Mutterhaus der „Schwestern der göttlichen Vorsehung“ an den Kaiser gerichteten Immediateingabe ist durch den Cultusminister bis auf Weiteres die Aufhebung des auf den 1. April c. angelegten Auflösungsstermines verfügt worden. Von dieser Vergünstigung sind die durch die Congregation geleiteten Waisenhäuser ausgenommen.
Paderborn, 7. Februar. [Abreise.] Wie der „Westf. Mercur“ erzählt, gedachte der Ex-Bischof Conrad im nächsten Monat sich nach Rom zu begeben.
Köln, 8. Februar. [Die fällige englische Post] aus London, den 7. d. früh, planmäßig in Köln um 11 Uhr 35 Min. Abends, ist ausgeblieben. Grund unbekannt.
Kassel, 7. Februar. [Der deutsche Reichsadler.] Einem „Eingekam.“ der „Fr. Hess. Ztg.“ entnehmen wir das Folgende: Der hiesige Verein „Deutsche Kameradschaft“ beabsichtigt die Anschaffung einer Fahne, auf welcher der deutsche Reichsadler seine Flügel ausbreitet. Die zuständige Behörde hat jedoch auf die vorschriftsmäßige Anzeige des Vorstandes des ebengedachten Vereins verfügt, daß die Führung des deutschen Reichsadlers auf der Fahne nicht, wohl aber die des preussischen Adlers gestattet werden könne.
Gotha, 7. Febr. [Socialisten-Congress.] Nachdem innerhalb der Socialistenpartei Deutschlands allerhand Zerrwürnisse resp. bedeutende Streitigkeiten sich eingestellt haben, wird zur Erleichterung dieser Angelegenheiten abermals ein „Partei-congress“ nach Gotha berufen. Derselbe wird innerhalb der Tage vom 17. bis 20. April (Ostern) abermals im Holter'schen Lokale abgehalten und ist die bezügliche Anmeldung bei der hiesigen Polizeibehörde bereits bewirkt.
Mainz, 7. Febr. [Der Präsident des Vereins der deutschen Katholiken.] Felix Frhr. v. Loß, veröffentlicht in der hier erscheinenden Monatschrift „Katholische Stimme“ folgende Erklärung: „Das preussische Appellationsgericht zu Münster habe, im Widerspruch mit den Urtheilen erster Instanz, durch Erkenntnis vom 11. Juli 1875 den Verein der deutschen Katholiken, „so weit er sich auf Länder im Geltungsbereich des preussischen Vereinsgesetzes vom 11. März 1850 erstreckt“, für geschlossen erklärt. Die gegen dieses Erkenntnis beim Obergericht zu Berlin erhobene Nichtigkeitsbeschwerde wurde von demselben in der Sitzung vom 11. November 1875 verworfen und Ausfertigung des Erkenntnisses dem Untersuchenden vor einigen Tagen zugestellt. Durch dieses Erkenntnis ist auf Grund des § 16, Absatz zwei, des genannten Vereinsgesetzes, welches also lautet: „Wer sich bei einem auch nur vorläufig geschlossenen politischen Verein als Mitglied ferner betheiligt, wird mit Gefängnis von 5—50 Jahren oder Gefängnisstrafe von acht Tagen bis drei Monaten bestraft“, innerhalb des preussischen Staatsgebietes jede Thätigkeit des Vereines deutscher Katholiken und jede Vereinsfähigkeit seiner Mitglieder, insbesondere auch die Zahlung und Erhebung der Vereinsbeiträge untersagt und muß von jetzt ab unterbleiben. Nichtpreussisches Staatsgebiet wird durch jenes Obergerichtsurtheil nicht berührt; dort bleibt daher dem Verein selbst wie auch seinen einzelnen Mitgliedern jede naturnotwendige Vereinsfähigkeit erlaubt. Der Vereinsstand wird über die ferneren Schritte in Beratung treten.“
Nürnberg, 7. Febr. [Der Gruben-Strik] in Stockheim ist beendet. Die Mehrzahl der Arbeiter ist mit einer Herabsetzung des Lohnes um 10 Procent zufrieden. Die Gendarmerie-Verstärkung ist abgezogen.
Frankreich.
Paris, 6. Februar. [Die Andraffy'sche Note] bildet heute den Gegenstand erster Erwägungen in der Pariser Presse. Ein Theil derselben traut dem Frieden nicht; am zweifelhaftigsten ist das „Journal des Debats“, das von der türkischen Regierung, und zumal von den türkischen Provinzialbehörden so wenig wie möglich erwartet. Ueber die Note selbst äußert das „Journal des Debats“ sich auch höchst unbefriedigt: was dieselbe verlange, sei „aufrichtig gestanden, herzlich wenig“; die gemischte Commission erscheine den „Debats“ als eine unglückliche Idee, „weil es unmöglich erscheine, in einem aus Mohammedanern und Christen zusammengesetzten Ausschusse ein wirkliches Einvernehmen zu erhalten“. In einem anderen Artikel kommt „Le-motino“ zu dem Schlusse: „Man dürfe sich nicht verhehlen, daß dieser Schritt der drei Mächte einen wirklichen Einmischungsfall bilde“. Nebenbei urtheilt Emil Girardin in „La France“; ihm zu Folge ist es rein unmöglich, diese Reform durchzuführen, „ohne an die Souveränität der Pforte zu rühren“. Der „Moniteur“ steht nicht so schwarz; er bringt heute folgende Mittheilung: „Wir sehen mit Bedauern, daß die öffentliche Meinung fortwährend die Folgen des von den europäischen Mächten in Konstantinopel gethanen Schrittes irrig beurtheilt. Nach Ansicht einiger Blätter müßte dieser Schritt für das nächste Frühjahr ernste Verwickelungen nach sich ziehen; wenn man anderen Blättern glaubt, so ist jedes Einverständnis mit der Pforte illusorisch, da die Jurisurgen der Herzogin nur dann zum Niederlegen der Waffen ihre Zustimmung geben wollen, wenn sie ihre vollständige Befreiung erlangen. Diese Befürchtungen erscheinen uns als eckelhaft übertrieben. Denen, welche behaupten, daß der europäische Frieden durch die diplomatische Intervention der Mächte bedroht ist, kann man lächeln antworten, daß es Präcedenzfälle giebt. Die Angelegenheiten in Syrien und in Kreta sind auch durch das heute angewandte Verfahren geregelt worden. Die europäische Ruhe widerstand ohne Schwierigkeit dieser doppelten Probe, und obenein in einem Augenblicke, wo die Mächte mehr durcheinander waren, als sie es heute sind. Was die herzoginischen Jurisurgen anbelangt, so glauben wir zu wissen, daß an dem Tage, wo Europa im Spiele ist, ihnen die in der Note des Grafen Andraffy angegebenen Concessionen zu sichern, sie den Kampf nicht fortsetzen werden. Die Uebereinstimmung der europäischen Regierungen muß nothwendig eine große Kraft haben, um in den Provinzen des Balkans sowohl als in Konstantinopel friedliche Lösungen zu erlangen. Dies liegt auf der Hand, und es ist uns daher gestattet, die begonnenen Unterhandlungen trotz allen Hindernissen mit Vertrauen ins Auge zu fassen.“

[Zu den Wahlen.] Laut der im Ministerium des Innern eingelegten Nachrichten ist es bis jetzt wahrscheinlich, daß bei den Wahlen vom 20. die Republikaner 283, die Conservativen 220 bis 230 Stimmen erhalten werden; über 21 Wahlcollegien läßt sich nichts Bestimmtes sagen. Das linke Centrum, welches täglich Sitzungen im „Grande Hotel“ hält, wird für Paris eine Candidatenliste aufstellen, die keine Intransigenten, wohl aber Republikaner wie Gambetta, Spuller, Tirard, Langlois und Breslay zu Chiers, Loiseau und andern gemäßigten Republikanern zeigen wird. Gambetta sprach heute in einer Wahlversammlung in Lille, wo er beifälliger Candidat ist.
[Die mit den Vorstudien für den Tunnel zwischen England und Frankreich beauftragte Commission,] die in Paris verammelt war, hat ihre Arbeiten beendet. Sie einigte sich über alle Punkte und erklärte das Unternehmen für ausführbar.
Großbritannien.
London, 5. Februar. [Zur Andraffy'schen Note.] Die „Times“ legt ihren Lesern heute die Note des Grafen Andraffy in dem von der „Kölnischen Zeitung“ veröffentlichten französischen Texte vor und bemerkt zu diesem Schriftstück, es mache den Eindruck, als sei es bestimmt, von der ganzen Welt gelesen und verstanden zu werden.
Der Ausdruck besitze eine Freiheit und Unmittelbarkeit, welche man im Allgemeinen nicht als Eigenheit des diplomatischen Stils zu betrachten pflegt. Die Note enthalte kein Wort, welches auf Grundfäße oder Anschläge deute, an welchen die Pforte Anstoß nehmen könnte. Die österreichische Regierung und ihre Verbündeten beabsichtigen den Sultan aus den ungewissen Herrschaften seines Gebietes für Gegenwart und Zukunft. „Allein bei allem Anstande in Grundfäße und Sprache tritt doch in dem Schriftstück etwas Kategorisches hervor, was kaum dem gewöhnlichen Leser, sicher aber nicht der Regierung, für welche es bestimmt ist, entgehen wird. Der Eindruck, den die Note hinterläßt, ist der, daß die drei Mächte eine Politik haben und nicht umsonst eingeschritten sind, und daß sie dies den unmittelbar Beteiligten zu verstehen geben. Besonders einprägen wird sich die Bemerkung, welche sich auf die Erwartungen der Christen und die angenommenen Absichten der Provinzen bezieht, die sich bisher dem Namen nach neutral gehalten haben. Man könnte voraussetzen, daß die drei Mächte es nicht sonderlich schwer finden würden, Serbien im Raum zu halten, oder zu verhindern, daß sich die Flamme des Aufstandes nach Bulgarien verbreite. Und das wäre in der That richtig, wenn die beiden Nachbarn der Türkei es darauf ankommen lassen wollten, bittere Unzufriedenheit unter der eigenen Bevölkerung zu erregen. In die ausländischen Bezirke aber einzumarschiren, um dieselben einem Paisha zu überliefern, und zwar lediglich im Vertrauen auf die Erfüllung allgemeiner Reformversprechungen, ist eine Politik, welche die österreichische und die russische Regierung bei all ihrer Macht in Verlegenheit bringen könnte. Gleichzeitig haben wir ein Recht zu erwarten, daß, wenn die Pforte ihre Zustimmung zu den in der österreichischen Note verlangten Reformen erteilt und die Freiheit der aufständischen Provinzen über allen Zweifel erhaben ist, die beiden Mächte, welche am meisten Einfluß in jenen Gegenden besitzen, ihr Bestes thun und sich um die Wiederherstellung der Ruhe bemühen werden. Die sechs Mächte können auf die Türkei wirken, allein die Geheimnisse slavischen Ehrgeizes sind nur in Wien und Petersburg bekannt.“
Provinzial-Beitrag.
Breslau, 9. Februar. [Einer Schilderung des Begräbnisses der Frau v. Jordenbeck] in der „Nat.-Ztg.“ entnehmen wir noch das Folgende:
Kurz vor 9 Uhr hatten sich die Spitzen der Militär- und Civilbehörden Breslaus, u. A. der commandirende General des sechsten Armeecorps, von Tümping, der Oberpräsident der Provinz Schlesien, Graf Armin, die Mitglieder der städtischen Behörden, wie eine große Anzahl Damen und Herren in der v. Jordenbeck'schen Wohnung eingefunden, wo in dem Salon unter Vorber- und Myrthenstämmen der mit Blumen und Blättern sinnig geschmückte Sarg stand. Zur Linken des Sarges ragte aus einer Umkleung in tiefer Trauer gekleideter älterer Damen und jugendlicher Mädchen die hohe Gestalt Mar v. Jordenbeck's hervor, der, die Hände gefaltet, die Augen fest auf den Sarg gerichtet, nur hin und wieder mit einem Verwanden oder Freunde, der sich ihm näherte, einen flüchtigen und doch so bescheidenen Händedruck austauschte.
Der Sohn und die drei Töchter, die Mutter der Verstorbenen, seine Schwester umfanden den gebeugten Mann in Thränen, die ihm verjagt zu sein schienen, ihrem Schmerz sich ganz hingebend.
Ein Chörengelächter brach aber auch in dem Momente aus den Augen des tiefergeschüttelten Mannes, als gegen 9 Uhr die Deputation des Gesamtverbandes des Deutschen Reichstags (die Schriftführer Wölffel, Dr. Weigel, Freiherr v. Soden) und die Deputirten der nationalliberalen Partei (v. Winter, Dr. Dohrn, Michaelis, Dr. Buhl und Koch (Braunschweig) am Sarge erschienen.
Zuerst des Abg. Wölffel gewahr werdend, der ihm die herzlichste innige Theilnahme des Gesamtverbandes auszusprechen hatte, zog er diesen mit einem lauten Ausrufe des Schmerzes an seine Brust, um dann mit Kopf und Händedruck ihm und den übrigen Mitgliedern der Deputation seinen schmerzbelegten Dank für ihr Erscheinen zu sagen.
Mit dem Balmzweig, welchen der Gesamtverband und die nationalliberale Partei, und mit dem Kranz, den die Fraction des Centrums durch den Freiherrn von Soden überreichen ließ, schmückte der Präsident von Jordenbeck selbst den Sarg der theuren Dahingegangenen.
Als sich dann aber die Reichstagsabgeordneten aus der nächsten, nur der Familie angehörigen Umgebung des Präsidenten in den hinteren Theil des Zimmers zurückziehen wollten, ergriß er die Abgeordneten Weigel und Wölffel bei der Hand, um ihnen mit den Worten: „Ihr bleibt auch hier bei mir, euer Platz ist unter der Familie“ den Platz in seiner Nähe anzuweisen.
Die Leichenrede hielt — die Frau von Jordenbeck war evangelischer Religion — der evangelische Pfarrer. Wir haben selten eine so vom Herzen kommende und darum auch zu Herzen gehende, schlichte, darum aber um so ergreifendere Gedächtnisrede am Sarge einer Verstorbenen gehört.
Geboren und erzogen in der Stadt, da ein großer Denker die Pflicht auf den Thron gehoben, hatte auch die Verstorbenen, nachweisend ihrem großen Landsmann im Hause, in der Familie, hatte sie auch da, wo sie in die Öffentlichkeit trat, bei ihrer Thätigkeit in den verschiedensten Vereinen die Pflicht auf den Thron gehoben. Nirgends, auch nicht auf dem Gebiete der Religion, ließ sie sich von dunklen Gefühlen leiten, überall aber traf ihr mit schlichtem Sinne und tiefem Gefühl für das sittlich Wahre gepaarter scharfer Verstand in allen Lagen des Lebens das Rechte. So war sie den Breslanern bald das Vorbild einer ebenso pflichttreuen, als liebevollen Gattin und Mutter, das Vorbild einer edlen Frau geworden.
Nachdem der Geistliche geendet und der Sarg auf den Leichenwagen gehoben war, bewegte sich ein trotz des anhaltenden Schneegewalters endlos langer Leichenzug nach dem in ziemlicher Entfernung von Breslau gelegenen Friedhofe. Das Grab, das dort bereits war, umstanden blühende Kamelien, und Kränze und Girlanden schmückten auch das Innere des Grabes.
Unter den Klängen eines Liedes sank der Sarg in die Gruft. Ein kurzes Gebet, der Segen des Geistlichen, noch ein Liedervers und das Grab sollte sich für ewig schließen.
Aber Mar von Jordenbeck konnte so leicht sich nicht trennen von der offenen Gruft. Noch einmal, das letzte Mal, trat er an den Rand des Grabes und lange bange Minuten ruhten seine Blicke noch auf dem Sarge, der die sterbliche Hülle des Theuersten barg, das er bis dahin sein eigen nannte.
Noch ein Paar Hände, jede auf den Sarg der geliebten Todten, ein letzter Blick und in tiefer Erschütterung verließ der schwer gebeugte Mann den Friedhof.
H. Breslau, 6. Februar. [Alt-katholiken-Versammlung.] Die am 4. c. abgehaltene alt-katholische Versammlung war von Damen und Herren außerordentlich zahlreich besucht. Der Saal im Café restaurant war bis auf den letzten Platz dicht gefüllt. Herrn Prof. Dr. Weber, der über „die Stärke des Ultramontanismus“ sprach, wurde sowohl während des Vortrages als auch am Schlusse desselben in unzweideutiger Weise wiederholt die Zustimmung der Versammlung zu erkennen gegeben.
Prof. Dr. Weber knüpfte an den Vortrag an, welchen Bischof Reinkens während seiner letzten Anwesenheit in Breslau im Herbst vorigen Jahres gehalten hat. In demselben habe Bischof Reinkens ein anfänglich „Bild von der Schwäche und Ohnmacht des Ultramontanismus“ nach mehreren Seiten hin aufgerollt. Derselbe habe dargelegt, daß wenigstens in Deutschland der Ultramontanismus trotz Encylica und Syllabus keinen Einfluß habe auf den Gang der Politik und Gesetzgebung; daß er machtlos

sei im Gebiete der Wissenschaft. Wenn die römische Curie aus einem Vater Secchi aufweisen habe, so sei derselbe ein Mann der Wissenschaft nicht weil, sondern trotzdem er Jesuit ist. Und wenn die Jesuiten einmal auf die Rechenrechen eingehen wollten, die Vater Secchi entbehrt habe, so wäre er längst nicht mehr der ibrige. Auch zur Hebung der Eitelkeit, so habe Bischof Reinkens weiterausgeführt, erweise sich der Ultramontanismus unfähig, so wie er endlich auch kein Recht habe, über sehr viele seiner eigenen Anhänger, falls er von diesen Opfer verlasse, aber die Staatskatholiken und diejenigen Geistlichen, welche erklärten, daß sie sich den Staatsgesetzen unterwerfen wollten. Dieses Bild von der Dummheit und Schwäche des Ultramontanismus, fuhr Prof. Weber fort, sei zwar richtig, aber es enthalte doch nur die eine Seite, von der aus der Ultramontanismus betrachtet werden könne. Um dasselbe zu vervollständigen sei erforderlich, auch die Gegenseite jenes Bildes, nämlich die Stärke des Ultramontanismus wohl im Auge zu behalten. Denn daß der Ultramontanismus ungeachtet der ihm einwohnenden Schwäche doch nicht so gar frasslos sei, sondern über große Streitmächte gebiete, dafür lege ein beides Zeugnis der nun schon Jahre lang dauernde Kampf ab, welchen derselbe gegen so mächtige Gegner, wie das Deutsche Reich und die königl. preussische Staatsregierung seien, unausgesetzt führe. Ohne seinen Gegenstand erschöpfen zu wollen, will Prof. Weber versuchen einige der in Betrachtung kommenden Hauptpunkte näher zu betrachten, um dadurch sowohl zur genaueren Kenntnissnahme als auch zur wirksamen Bekämpfung des Ultramontanismus einen neuen Beitrag zu liefern.

Der Ultramontanismus ist keine Bildung aus einem Stücke, er enthält wesentlich zwei gänzlich verschiedene Elemente in sich; er ist ein Gemisch aus Wahrheit und Unwahrheit, Christlichem und Unchristlichem. Man könnte ihn füglich vergleichen mit einem guten, gesunden, lebenskräftigen Stamme, dem aber ein Pflanzstein eingemittelt wäre, das nichts als Giftblüthen und Giftfrüchte trüge. Schon die Entstehungsgeschichte des Ultramontanismus beweist die Richtigkeit dieser Auffassung. In der ersten Hälfte des ersten Jahrhunderts gab es in der von den Aposteln im Auftrage Christi gegründeten Kirche noch keinen Ultramontanismus. Die Apostel hatten es sich eine angelegentliche Sorge sein lassen, die Lehre und das Wort Christi nur in der Gestalt zu verbreiten, welche sie von diesem übernommen hatten. In dieser ihrer reinen Gestalt schloß die Kirche jede Art von weltlicher Herrschaft über die Menschen, die Staat, die in dieselbe eintretenden Völker nach dem Worte Christi: „Mein Reich ist nicht von dieser Welt“ grundsätzlich von sich aus. Da trat in der zweiten Hälfte des ersten Jahrhunderts ein auch jetzt noch unbekannter großartiger Fälscher auf, Pseudo-Sybar genannt, welcher mehreren der frühesten römischen Bischöfe eine ganze Reihe von Schriftstücken andichtete, die niemals ihrer Feder entfloßen waren. Durch eine zweite in dem dreizehnten Jahrhundert von einem ebenfalls Unbekannten unternommene Fälschung wurde mehreren älteren Vätern und Concilien der griechischen Kirche eine Reihe von rein erdichteten Aussprüchen untergeschoben. Diese und andere Fälschungen sind der ergiebige Boden, über welchem das sogenannte Pappalysium oder der Ultramontanismus sich erhoben und durch die Jahrhunderte weiter entwickelt hat, bis es ihm in unseren Tagen gelungen ist, sich in seine äußerste Spitze, nämlich in die Dogmatisierung der päpstlichen Unfehlbarkeit und des päpstlichen Universal-Episcopates auszuwachsen. Zwar haben die Fälschungen des Ultramontanismus in mehrfachen Beziehungen auch auf den von den Aposteln überlieferten Lehrbegriff einen sehr nachtheiligen, denselben corrumpernden Einfluß geübt, aber im Allgemeinen hat der Ultramontanismus die christlichen Lehren und Institutionen nicht preis gegeben. Und gerade diese christlichen Elemente, welche derselbe auch heute noch in sich trägt, sind in erster Linie die Quellen, aus denen er seine Kraft und Nahrung schöpft; sie sind der gesunde Lebenssaft, welcher neben diesem Krautheißtisch in seinen Adern fließt.

Dem Ultramontanismus ist es im Laufe seiner Entwicklung gelungen, die in ihm enthaltenen christlichen Wahrheiten mit den in ihm aufgenommenen, Staat und Kirche verwirklichtenden Unwahrheiten so mit einander zu verschmelzen, daß Täuflingen von Katholiken die Unterscheidung beider Elemente gegenwärtig sehr erschwert, ja fast eine Unmöglichkeit ist. Dieselben erkennen demzufolge nicht, daß der Ultramontanismus zwar nicht reines Un- oder Antichristenthum, aber dennoch eine folgenschwere Entstellung, Verunstaltung und Verfälschung des wahren, apostolischen und katholischen Christenthums ist, vielmehr leben dieselben in dem Wahne, worin sie auch mit fallen nur möglichen Mitteln erhalten werden, daß Christenthum und Ultramontanismus ein und dasselbe und daß jeder Angriff auf diesen zugleich eine Verletzung des jenen sei. Und dieser in den katholischen Volksmassen verbreitete Wahn ist eine zweite Quelle, aus welcher dem Ultramontanismus seine Kraft und Stärke zufließen.

So wie der katholischen Kirche durch die baltischen Jubelbeschüsse ein unersetzlicher Schaden zugefügt worden, so hat umgekehrt der Ultramontanismus durch dieselben einen großen Gewinn erhalten. Und worin besteht dieser? Darin, daß der 18. Juli 1870 durch eine dogmatische, d. i. mit dem Charakter einer Offenbarung Gottes auftretende Definition alle irdische Autorität, Gewalt und Macht in einer einzigen Hand, in der des römischen Pontifex, vereinigt hat. Wäre es möglich, daß die baltischen Jubelbeschüsse in Zukunft von den katholischen Volksmassen wirklich gläubig aufgenommen und demnach in ihrem Leben und Handeln in der That befolgt würden, so würde sich mit der Macht des römischen Papstes eine zweite auf Erden mehr vergleichen lassen. Ein guter Anfang, einen solchen Zustand über kurz oder lang herbeizuführen, ist schon gemacht. Die ehemaligen deutschen Oppositionsbischöfe, von denen die Ultramontanen der klar am Tage liegenden Wahrheit zum Trotz fort und fort behaupten, daß sie in Rom nur aus Opportunitätsrücksichten, nicht auch aus sachlichen Gründen den erwähnten Concilsvorlagen widerstanden hätten, haben sich ausdrücklich oder stillschweigend unter das ihnen aufgelegte Joch gebeugt. Ihnen folgt die große Menge des niederen Klerus, während dieser wieder die Volksmassen mit sich fortzureißen bemüht ist. Scenen, wie die zwischen dem Papste Gregor IV. und einem Theile des gallischen Episcopats gehören heute zu Tage zu den Unmöglichkeiten. Als dieser Papst im Jahre 833 nach Gallien reiste, um die zwischen Ludwig dem Frommen und seinen aufrührerischen Söhnen entstandenen politischen Streitigkeiten zu Gunsten der letzteren zu schlichten, und zwar, wenn es möglich sein sollte, mit Hilfe päpstlicher Bannstrahlen gegen Kaiser und Bischöfe, da erklärten die Bischöfe unter Berufung auf die Provis der Kirche dem Papste mit dünnen Worten: „Sie würden sich seiner Autorität durchaus nicht unterwerfen, und wenn er käme, um zu excommuniciren, so werde er selbst als Excommunicirter wieder von dannen gehen.“ Wo ist heute zu Tage diese apostolische Selbstständigkeit der Bischöfe gegenüber einem heillos irdischen und die Kirche an den Rand des Verberbens bringenden Papste? Sie ist so gut wie verschwunden und an ihre Stelle ist eine Unterwürfigkeit unter die päpstlichen Machtsprüche getreten, die das gerade Gegenbild vom päpstlichen Gehorsam ist, indem sie zu der Verleugnung der eigenen Vernunft und des eigenen Gewissens mit Nothwendigkeit hinführt. Aber eben die blinde Unterwürfigkeit, welche dem römischen Papste in den katholischen Volkskreisen allenthalben entgegengebracht wird, ist eine dritte Quelle, welche die Lebenskraft und Streikraft des Ultramontanismus fortwährend erhält und immer neue Nahrung zuführt.

Welches sind nun die Waffen, mit denen allein der Ultramontanismus bekämpft werden kann? Die vorangegangenen Ausführungen, bemerkt der Vortragende, weisen von selbst auf dieselben hin. Die Gegner des Ultramontanismus bedürfen vor Allem der Gabe der Unterscheidung. Es zu entreißen, aber die christliche Welt- und Lebensauffassung ihm rein und unversehrt zu erhalten. Aufklärung des Volkes über die gänzlich verschiedenen Elemente, welche im Ultramontanismus das Gute und Verderbliche desselben und gewissenhafte Verbeibaltung des Redners das einzige Mittel, welches in dem vielleicht schwersten Kampfe, den das deutsche Volk auszufechten haben wird, sichere Aussicht auf einen siegreichen Erfolg geben kann. Und daß dieses Mittel von keinem anderen Gegner des Ultramontanismus mit gleicher Kraft zur Anwendung gebracht wird, wie von dem deutschen Alttholiceismus, das kann, wie Redner glaubt, nicht bezweifelt werden.

—d. Breslau, 8. Februar. [Bezirksverein der Nicolai-Vorstadt.] Der stellernde Vorsitzende, Kaufmann und Stadtvorordnete Ulrich, eröffnete die am 7. d. Mts. in der Wälderischen Brauerei abgehaltene Versammlung mit folgenden Mittheilungen. Das Polizei-Präsidium erwidert auf ein Schreiben des Vereins, daß nach amtlicher Recherche die in dem Schreiben des Vereins bezeichneten Strafen sich in einem dem Verkehrsbedürfnis entsprechenden Zustand befinden. Die Posenersstraße ist bis jetzt, soweit sie zusammenhängend bebaut ist, von der Stadt ab gepflastert, weiter hinaus sind einige Häuser entstanden, welche namentlich im Hinblick auf anderweitige dringender zu berücksichtigende Zustände vor der Hand keinen triftigen Grund zur Fortsetzung des Pflasters abgeben. Ähnliche Verhältnisse finden in Betreff der Kurze Gasse statt. Die Straße über den Striegauer Platz ist gepflastert. Die Pflasterung des übrigen Theiles dieses Platzes kann

zur Zeit von der Commune nicht füglich verlangt werden, zumal die Stelle, wo die Omnibusse stehen, auf dieselbige Veranlassung bereits mehrere Male befestigt ist. Die Belegung der noch in einem Drittheil ihrer Länge ungepflasterten Schwertstraße mit einem Steinpflaster wird von dem königlichen Polizei-Präsidium bei dem künftigen Etat, wenn irgend thunlich, veranlaßt werden. — Die Verwaltung der städtischen Wasserwerke benachrichtigt den Verein, daß der Rohrbrunn auf dem Nicolai-Platz reparirt und bereits seit dem 8. d. M. wieder im Gange ist. — Bezüglich des Hafenbauprojectes führt Kaufmann Sadur Folgendes aus. Die Wasserstraßen sind die natürlichen, billigsten und leichtesten Verkehrsmittel. Wie ein Land u. A. durch Anlage eines Canalsystems zu schnellerer Wohlhabenheit gelange, zeige Frankreich. Zur Betreibung der Schifffahrt gehören aber ein regelmäßiger Wasserstand, regulirtes Fahrwasser und zum Schuß gegen Eisgefahr Hafenanlagen. Sind diese Forderungen vorhanden, wird der Handel der Stromverbindung immer vorziehen. Früher existirte hier in Breslau eine Hafenbaugesellschaft, welche gegenüber den Pulvermagazinen Terrain besitzt. Jetzt bestehen nunmehr 3 Hafenbauprojecte: das Köpeltwitzer, die Jantholzweide und das Terrain bei Klein-Kieschlau. Das erste Project empfehle sich nicht wegen der großen Entfernung, das letzte sei ohne die nöthigen Verbindungen mit der Stadt bezüglich des Wagenverkehrs und nur mit der Rechte- oder Ufer-Eisenbahn benutzbar. Außerdem biete dieses Terrain keine Gelegenheit zu späteren Vergrößerungen. Das einzige günstige Project sei das, welches für die Hafenanlage die Jantholzweide in Aussicht nimmt. Zunächst müsse freilich hier auf eine Verlegung der Schießstände hingearbeitet werden. Nach einigen Mittheilungen des Redners über die Kettenstoppelschifffahrt und die Regulirungsarbeiten, welche zur Verbesserung des Fahrwassers der Oder beigegeben haben, beschloß die Versammlung folgende Resolution: Der Bezirks-Verein der Nicolai-Vorstadt erkennt die Bestrebungen des hiesigen Magistrats und der Breslauer Handelskammer beizubehalten einer Hafenanlage an der Jantholzweide auf dem linkeithigen Uferufer entlang und wünscht im allgemeinen Interesse, daß sich weit über die Grenzen unserer Provinz erstreckt, baldigen Erfolgs. — Eine Frage, wann die Verlegung des Schießhofes aus der Stadt erfolgen werde, beantwortete Kaufmann Sadur dahin, daß vom Stadtbaurath Kaufmann bereits ein Project ausgearbeitet worden sei, welches, wenn sich die Hafenanlage an der Jantholzweide verwirklicht, den Schießhof in die Nähe dieses Hafens verlegt. — Die dem Vereine angehörenden Stadtverordneten werden ersucht, darüber Erklärungen einzusenden, ob event. inwiefern der in Aussicht gestellte Bebauungsplan der Nicolai-Vorstadt fortgeschritten ist. — Der vom Striegauer Platz nach der Märlischen Straße führende Tunnel liegt seit Jahr und Tag unvollendet da. Die Passage ist gänzlich gesperrt. Warum wird dieselbe — lautet die Frage — nicht weiter gebaut, eb. wann wird dies geschehen? Ein Mitglied stellt die Weiterführung des Baues zum Frühjahr in Aussicht, da die oberschwebenden Differenzen mit den Adjacenten zum größten Theile ausgeglichen seien. — Auf Antrag des Herrn Sadur wird beschloffen, das Polizei-Präsidium um eine Verfügung zu bitten, welche anordnet, daß das Vieh, welches von den Eisenbahnen kommt, nicht mehr durch die Stadt getrieben werde, sondern daß der Transport (wie nach dem Schießhofe) nur per Wagen erfolge. — Am Schluß der Versammlung zeigte Gasthändler Westphal eine durch Gasolin genährte Leuchtflamme einer Straßenlaterne. Neu daran ist der Brenner. Die Kosten einer derartigen Flamme in ziemlicher Größe belaufen sich auf 4 Pf. pro Stunde. Derselbe stellte ferner mit Hilfe eines Experimentals Gasbrenner Versuche mit einem von ihm konstruirten Gasbrenner an. Dieser Gasbrenner erzielt eine bedeutend höhere Leuchtstärke, ohne mehr Gas zu verbrauchen. Versuche, welche Herr Westphal auf der städtischen Gasanstalt gemacht, haben ergeben, daß bei gewöhnlichen Brennern von 10 Kerzen Stärke 5 1/2 Kubußfuß, bei dem Westphal'schen Brenner von ebenfalls 10 Kerzen Stärke dagegen nur 3 1/2 Kubuß. Gas in der Stunde verbrannt werden.

V Warmbrunn, 8. Februar. [Schneesturm. — Keine Verkehrs-] In der Nacht vom 7. zum 8. d. Mts. erhob sich bald nach Mitternacht ein ziemlich starker Wind, der sich in immer bestigeren Stößen allmählig zum Sturm steigerte, jedoch mit Sonnenaufgang wieder schwächer wurde. — Ungeachtet der gestrigen stürmischen Nacht hat ineb auch in unseren Gebirgsbältern keine erhebliche Verkehrsstörung stattgefunden, obgleich ziemlich starke Schneewehen an vielen Orten entstanden sind. Selbst die Gebirgs-Eisenbahnen haben kaum eine Verzögerung erlitten, ungeachtet die Schneestürme des Gebirges oft gewaltige Forderungen an die Direction derselben bezüglich der schnellen Beseitigung der Verkehrsbehinderungen stellen.

S Striegau, 8. Februar. [Dank schreiben.] Auf die von Seiten des hiesigen Lehrvereins dem Herrn Cultusminister Dr. Falk und seiner Frau Gemahlin zur silbernen Hochzeitfeier übermittelte Glückwunschkarte ist dem Vorstande genannten Vereins ein freundliches Dankschreiben des hohen Jubelpaares zugegangen.

J. P. Aus der Graßhaff Glas, 8. Februar. [Witterung.] Der am 6. gemeldete Schneefall dauerte bis gestern Mittag, zu welcher Zeit sich ein mäßig starker Schneewind erhob, der die Wolkenmassen zerstreute. Auch das Barometer, das vom 1. bis 7. Mittags um 11⁰⁰, 60 (von 339⁰⁰, 10 bis 327⁰⁰, 50) gefallen war, begann wieder zu steigen und hat heute Nachmittag 2 Uhr bereits wieder die Höhe von 330⁰⁰, 95 erreicht. Wie im Januar, so war auch in den ersten sieben Tagen des Februar die Kälte hier strenger als in Breslau. Am 2. und 3. Früh 6 Uhr notirten wir in Glas 7⁰⁰ (in Breslau - 4⁰⁰, 7 und resp. 2⁰⁰, 9) und am 4. gar - 9⁰⁰ bei Süd 1 (in Breslau - 3⁰⁰, 1). Die Durchschnittstemperatur der letzten 7 Tage betrug in Glas - 3⁰⁰, 56 und in Breslau - 2⁰⁰, 49 R. Heute Mittag dagegen zeigte hier das Thermometer + 2⁰⁰ R. bei Südost 1 und heiterem Himmel.

□ Lipine, 8. Febr. [Explosion.] Um die Geburtstagfeier seines Freundes, des Hüttenarbeiters Joh. Wiedu zu Kopanina, am 5. d. zu erhöhen, hatte ein in Godullahütte wohnender Bergmann mehrere Dynamitpatronen mitgebracht, von denen er einige, nachdem dem Glase schon wacker zugesprochen worden war, vor dem Hause abjagte. Da die Patronen aber etwas feucht waren, legte er die letzte zuvor zum Trocknen auf die Platte des Ofens, um auch diese danach im Freien abzuschleifen. Doch während die bei der Feier Anwesenden im Nebenzimmer zechten und auch der bez. Bergmann sich in dasselbe begab, um sich noch durch einen Schluck zu stärken, explodirte die Patrone mit lautem Knall. Die durch dieses Ereignis in Schrecken versetzte Zechgesellschaft fand, als sie das Zimmer, in dem die Explosion erfolgt war, betrat, dasselbe arg verwüstet, denn sämtliche Fenster, die Wände an den Wänden, der Glaschrank mit Inhalt waren zertrümmert, der Ofen lag in Stücken umher und ein Theil der Decke war herabgerissen. Außer genannter Eigenthumsbeschädigung ist zum Glück eine Beschädigung von Menschen nicht erfolgt. Doch welches Unglück konnte verursacht werden, wenn das Gelage in dem bez. Zimmer stattgefunden hätte.

Nachrichten aus dem Großherzogthum Posen.

r. Poln.-Lissa, 7. Februar. [Zur Tages-Chronik.] Der Mangel guten Trinkwassers hat sich bei uns oft recht fühlbar gemacht; der von den städtischen Behörden vor dem Kottener Thore bei der Präparandenanstalt angelegte artelische Brunnen giebt aber eine so reiche Wassermenge sehr guter Beschaffenheit, daß von denselben die Anlage einer Wasserleitung vom artelischen Brunnen nach der Stadt in Aussicht genommen worden. In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurde beschloffen, vor Ausführung des Projectes an derselben Stelle, wo jener Brunnen steht, ein neues Bohrloch anzubringen, und dann ein Nivellement vorzunehmen, um je nach dem Ergebnisse zu beurtheilen, welche Ausdehnung der neuen Wasserleitung zu geben; eine Voranlage des Magistrats, auf Kosten der Stadt eine Verleierungsanstalt gegen Trübsen-Verluste einzurichten, fand nicht die Billigung der Versammlung, weil dergleichen Privatvereine ihre Zwecke erfüllen, und dieselben in den hiesigen Fleischbeschauern Agenten bestellt haben. — Mit dem 17. d. M. nimmt unter dem Vorstehe des Herrn R.-Ger.-Directors Günther die erste diesjährige Schwurgerichts-Sitzung ihren Anfang. — Das schriftliche Abiturienten-Examen beim hiesigen R. Gymnasium ist am 5. d. M. beendet worden; 15 Oberprimaner hatten sich zu demselben gemeldet. Die mündliche Prüfung findet nach 14 Tagen statt. — Mit dem Schluß des Schuljahres scheidet aus seinem Amte Herr Director Prof. Ziegler und tritt dieser verbeint hochbetagte Schulmann in den Ruhestand; über seinen Nachfolger sind zuverlässige Nachrichten noch nicht bekannt, da verschiedene Persönlichkeiten genannt werden. — Die städtische Simultan-Schule ist nunmehr von der Mehrheit der Stadtverordneten definitiv abgelehnt. — Nach der letzten Volkszählung zählt Lissa 11,079 Seelen; die Vermehrung gegen 1871 betrug etwa 500 Seelen. — Herr Kapellmeister Müller vom 58. Inf.-Regiment hat einen anderweitigen Cyclus von Symphonie-Concerten eröffnet und sich dadurch den Dank aller Freunde der klassischen Muse erworben. Die Leistungen dieses strebsamen Musikers und seines wohlgeleiteten Orchesters ernten stets reichen Beifall. — In einer anderen Richtung dar-

stellender Kunst hat das photographische Institut des Herrn Anschütz Anspruch auf Beachtung; mit allen Vorzügen ausgestattet, welche die Neuzeit in Anspruch nimmt, insbesondere mit einer sehr wohlthunenden fast greichstädtischen Eleganz sind die Arbeiten, welche aus dem Atelier des Herrn A. hervorgehen, den besten auf diesem Gebiete der Kunst würdig an die Seite zu stellen. — Die am 6. d. M. abgehaltene Generalversammlung des hiesigen Vorshubvereins ergab sehr bemerkenswerthe Resultate und bewies die Prosperität desselben aufs Neue. Der Rechnungsabluß für das verflossene Jahr wies nach unter Anderem in Einnahme (rund) an Kassenbestand zu Beginn desselben 51,591 Mt., Referendums 384 Mt., Mitgliederentbahren 15,995 Mt., zurückgezahlten Vorshub 1,381,990 Mt., Zinsen 23,640 Mt. und Spareinlagen 229,971 Mt.; in der Ausgabe: Mitgliederentbahren 8701 Mt., an Vorshub 1,419,636 Mt., an Zinsen 11,772 Mt., Spareinlagen 215,425 Mt. Der Kassenbestand am Jahreschluß betrug 45,000 Mt. Es haben erreicht eine Höhe: der Referendums von 6282 Mt., das Mitgliederentbahren von 110,085 Mt., die Spareinlagen von 293,784 Mt., von 1216 Sparern. Der Verein zählt mit den Filialen in Schmiegel, Raisen, Storchneit und Schweflau 1159 Mitglieder. Von dem Reingewinne von 7850 Mt. wurde eine 8proc. Dividende bewilligt. Die Wahlen ergaben die Wiederwahl des bisherigen Directors Hrn. Droand und der auscheidenden Ausschußmitglieder, der Herren Winter und E. Wiebig sowie die Neuwahl des Hrn. Schendel. Dem Vorstände und Ausschusse wird die Bewilligung zur Aufnahme von Darlehen im Maximalbetrage von 18,000 Mt. ertheilt, abgesehen von den zu Vorshub an die Mitglieder für bereiten Mitteln der Sparkasse. — Die Versammlung beschloß die vorjährige Rechnung und botirte dem Vorstände und Ausschusse für die umsichtige und gewissenhafte Führung der Geschäfte ihren Dank.

Telegraphische Depeschen.

(Zur Wolff's Telegr.-Bureau.)

Wien, 8. Februar, Abends. Das Abgeordnetenhaus nahm die ganze Ehegesetznovelle nach dem Ausnahmestrich in der zweiten Lesung an. Der Minoritätsantrag zu § 1 nebst dem vom Justizminister empfohlenen Amendement des Baron Handel, wonach die Ehehindernisse für Ordensgeistliche auch erst mit dem Austritte aus der katholischen Kirche erlöschen sollen, wurde abgelehnt.

Wien, 8. Februar. Die Creditanstalt erklärt, die Details der Prager Defraudation erst nach Schluß der Criminaluntersuchung bekannt zu geben. Der „Presse“ zufolge sind die Börsengerichte von einer ungünstigen Bilanz der Anglobank unbeeinträchtigt, fünfprocentige Verzinsung und Dotirung des Referendums pro 1875 sind gesichert.

Rom, 8. Februar. Cardinal Antonelli ist von einem mit einer Herzaffection verbundenen heftigen Gichtanfall heimgesucht. Sein Zustand ist trotz eingetretener leichter Besserung bedenklich.

Madrid, 8. Februar. Regierungsnachrichten zufolge sind in Provinzen Biscaya und Alava im Besitz der Regierungstruppen.

London, 8. Februar. Wie die „Times“ meldet, hat der Oberst Stokes, dessen Urlaub gestern zu Ende ging, einen neuen Urlaub auf unbestimmte Zeit erhalten, da seine Mission in Egypten noch nicht beendet ist.

Newyork, 8. Februar. Nach aus Meriko hier eingegangenen Nachrichten haben die Generale Diaz und Guena ein gegen die Regierung gerichtetes Manifest erlassen; es hieß, daß man General Diaz zum Präsidenten ausrufen würde.

(Z. Hirsch telegraphisches Bureau.)

Wien, 8. Februar. In der gestrigen Sitzung des Eisenbahn-Ausschusses des Abgeordnetenhauses kam es zu einem heftigen Rencontre zwischen dem Sections-Chef Hofrath Rüdling (Leiter der Eisenbahn-Angelegenheiten) und dem Abgeordneten Dr. Herbst. Ersterer drohte mit seinem Rücktritt.

Wien, 8. Februar. Anstatt der Minister Disza und Szell sollen einige andere Minister am 11. d. Mts. nach Wien reisen, um zu versuchen, ob eine Einigung über die handelspolitische Frage möglich ist. Man hat hier keine großen Hoffnungen auf ein gedeihliches Resultat.

Belgrad, 8. Februar. Die serbischen Blätter bemerken zu der Andraffy'schen Reformnote, daß dieselbe, ob sie von der Pforte angenommen oder abgelehnt werde, an der Situation nichts ändere. In wenigen Wochen werde Serbien wissen, was ihm seine Pflicht gebietet.

Ragusa, 8. Februar. Serover Pascha wird in Trebinje erwartet, um den Insurgenten den Entschluß des Sultans, ihnen zu gewähren, was die Großmächte verlangen, anzukündigen. Die Auskündigungen sollen entschlossen sein, jede von der Pforte gemachte Concession zurückzuweisen. In den nächsten Tagen findet eine Versammlung der Insurgenten-Chefs in Zuci statt, um über die zu unternehmenden Schritte zu beraten. Man glaubt, daß ein Memorandum an die Pariser Vertragsmächte verlesen werden wird, in welchem die Unmöglichkeit, den türkischen Versprechungen zu vertrauen, dargelegt wird.

Bukarest, 8. Februar. In competenten Kreisen beschäftigt man die Nachricht des „Klet Repu“, daß Rumänien sich weigerte, dem Wunsche der Türkei auf Vorauszahlung des rumänischen Tributs nachzukommen. Die Nachricht, daß Rumänien den Tribut überhaupt nicht mehr zahlen wolle, wird als verfrüht bezeichnet. Der Kriegsminister macht große Anstrengungen, die Armee zu completiren; zahlreiche Lieferungen für Ausrüstungsgegenstände sind ausgeschrieben.

Berlin, 8. Februar. Obgleich auch das heutige Geschäft nur ein sehr belangloses blieb und nach keiner Richtung eine Anregung durchblinden ließ, so war doch nicht zu verkennen, daß die Stimmung im Allgemeinen eine bedeutend glänzigere Färbung angenommen hatte. Der Verkehr kann, so geringfügig er auch auf allen Gebieten blieb, immerhin als sehr charakteristisch werden. Wie wir schon gestern andeuteten, beurtheilt man die jüngsten Vorgänge bei der Oesterr. Creditanstalt ruhiger und suchte in Folge dessen durch Dedungen die Blancobertläufe zu begleichen. Dieses Vorgehen blieb denn auch auf die Coursebewegung der Oesterr. Creditactien nicht ohne Einfluß. Was aber ferner eine günstige Wirkung auf den Verkehr ausübt, ist die große Abundanz auf dem Geldmarkte. Allerdings ist hier das den Verkehr seit längerer Zeit lähmende Misträuen noch keineswegs geschwunden, die Disconten bleiben noch immer sehr wäherlich und wägen den Zinsfuß mit an Feinheit grenzender Sorgfalt nach der Bonität der Disconten. Mit Ausnahme der internationalen Speculations-Effecten zogen sämmtlich im Course an und trugen natürlich Oesterr. Creditactien die verhältnismäßig größte Avance davon. Aber auch die Oesterr. Creditactien Nebenabnehmer waren recht fest und erlitten sich guter Nachfr. Bevorzugt waren besonders Kaschau-Oderberger, Rudolph- und Josephbahn, wogegen Galizier matter waren. Locale Speculations-Papiere fanden weniger Beachtung. Disconto-Comandit 124,25, ult. 123 1/2 — 4, Dormundt Union 1/2, Laurahütte 58 1/2, ult. 57 1/2 — 8 1/2. Ausländische Staatspapiere waren recht fest und zum Theil auch steigend, besetzt gingen um Laufe des 1860, Oesterr. Rente, Italiener und Amerikaner. Nur Türken zeigten sich schwach. Russische Werthe ruhig. Prämienanleihen wiederum matter. Preuß. und andere deutsche Staatspapiere behauptet. Baier. Prämienanleihe gesucht, ebenso Meiningen Löhden. Das Priorit.-Geldstück zeigte eine erfreuliche Zunahme. Auch auf dem Eisenbahnactienmarkt machte sich ein regerer Verkehr bemerkbar. Oberhalb Eisenb. beliebt, Potsdamer, Anhalter, Sietzner u. Halberstädter sehr beliebt, Rumänien sehr fest, Nordbahn, Lüttich-Limburg, Weimar-Geraer und Aachen-Mastrichter besonders bevorzugt, Schweizer Nordbahn behauptet, Warthau-Wiener sehr matt, Gothaerbahn gedrückt. Antactien ruhig. Preussische Bodencredit, Börsenhandels-Verein, Badische Bank und Braunschw. Hypoth., Nordb. Bank anziehend, Niederlausitzer Bank in guter Frage zu steigendem Course, Engl. Wechselb. sehr fest, Meiningen niedriger. Invalutrepapiere unbelebt. Charlottenb. Nordbahn steigend, Friedrichshain-Bauverein beliebt, Oranienburger dem. Fabrik anziehend, Deutsche Eisenbahn-Gesellschaft besser, Anhalter Maschinen wiederum höher, Galizier Lloyd lebhaft, Nordb. Eisenbahnbedarf beliebt. Görlitzer Eisenbahnbedarf fest, Oesterr. Eisenbahnbedarf unverändert, Deutsches Bergwerk und König Wilhelm besser, Gelsenkirchen sehr fest bei höherer Notirung, Westfälische Draht niedriger. — Um 2 1/2 Uhr: Credit 307,50, Lombarden 198, Franzosen

